



Sessionsbericht der Wintersession 2011

BFI-Botschaft 2012 unter Dach und Fach

Nach langer Beratung haben sich der National- und der Ständerat in der Wintersession 2011 darauf geeinigt, der Berufsbildung im Jahr 2012 rund 100 Millionen Franken mehr zu gewähren als vom Bundesrat vorgesehen war. Dieser Entscheid erhöht den Plafonds des gesamten Bereichs Bildung, Forschung, Innovation (BFI) für die Beratung der BFI-Botschaft 2013-2016. Das Parlament wird sie in den kommenden Monaten beraten. Ausserdem wird es das totalrevidierte Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIFG) behandeln. Ein entscheidendes BFI-Jahr hat gerade begonnen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Claude Comina, claudio.comina@netzwerk-future.ch

Entscheide des Parlaments

BFI-Botschaft 2012: 100 Millionen mehr für Berufsbildung

Die Berufsbildung wird im Jahr 2012 rund 100 Millionen Franken mehr erhalten als der Bundesrat in der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2012 (BFI-Botschaft) vorgesehen hatte. Dies haben der National- und der Ständerat beschlossen. Die Berufsbildung erhält 2012 damit rund 846 Millionen Franken und der Bund kann seinen gesetzlich festgelegten Anteil von 25 Prozent an den Berufsbildungskosten vollumfänglich leisten. Das gesamte BFI-Budget 2012 beläuft sich auf 6,7 Milliarden Franken. Dies entspricht im Vergleich zu 2011 einem Mittelwachstum von 5,6 Prozent.

{[BFI-Botschaft 2012](#) / [Budget 2012](#)}

Frankenstärke: Gelder sollen bis 2012 ausbezahlt werden

Der ETH-Bereich und die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) sollen die Mittel aus dem Massnahmenpaket gegen die Frankenstärke, die eigentlich bis Ende 2011 befristet sind, auf 2012 übertragen können. Dies hat der Ständerat mit der Annahme einer Motion ([11.4039](#)) seiner Finanzkommission beschlossen. Der Nationalrat wird die Motion noch behandeln. Die KTI hat ihren Kredit inzwischen ausgeschöpft.

{Wortprotokoll Ständerat [07.12.2011](#)}

Nuklearforschung bleibt weiterhin möglich

In der Schweiz soll trotz des Ausstiegs aus der Kernenergie weiter Nuklearforschung betrieben werden. Dies hat das Parlament mit der Annahme einer Motion ([11.3564](#)) von alt-Ständerätin Erika Forster (FDP. Die Liberalen) beschlossen.

{Wortprotokoll Nationalrat [06.12.11](#)}

{Wortprotokoll Ständerat [28.09.2011](#)}

Teilnahme an EU-Energieforschungsinitiative

Dank der Annahme einer Motion ([10.3142](#)) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP) wird sich die Schweizer Forschung am SET-Plan der EU (Strategic Energy Technology Plan) beteiligen können. Der SET-Plan will mit Forschungsprojekten die Energieproduktion aus erneuerbaren Energien erhöhen, den CO₂-Ausstoss reduzieren und das Stromnetz auf die zunehmende dezentrale Einspeisung vorbereiten. Die Schweiz wird sich vorerst nur an den Projekten zum Thema Biomasse beteiligen.

{Wortprotokoll Ständerat [21.12.11](#)}

Ausserdem haben die Parlamentarier...

... ein [Postulat](#) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP) angenommen, das die Nachbarstaaten der Schweiz verpflichten will, für die Ausbildung ihrer Studierenden in der Schweiz aufzukommen.

... im Nationalrat einer [Motion](#) der SVP-Fraktion zugestimmt, die den Forschungsstandort Schweiz in der medizintechnischen, pharmazeutischen und biotechnologischen Forschung stärken will. Die Motion muss noch in den Ständerat.

... im Ständerat beschlossen, den Kanton Basel-Land als Universitätskanton anzuerkennen und haben einer entsprechenden [Motion](#) von Ständerat Claude Janiak (SP) zugestimmt. Der Nationalrat wird über das Anliegen noch befinden.

... den Teil B der [Mehrwertsteuerrevision](#) (Einheitssatz) an den Bundesrat zurückgewiesen. Das Geschäft ist damit vom Tisch.

Vom Bundesrat beantwortet

Ausländische Studierende in der Schweiz

Interpellation [11.4023](#) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP). Der Bundesrat [antwortete](#) am 9. Dezember 2011.

Mehr Studienplätze und Alternativen zum Numerus clausus

Interpellation [11.3885](#) der CVP-Fraktion. Der Bundesrat [antwortete](#) am 30. November 2011.

Mehr Studienplätze und Alternativen zum Numerus clausus

Interpellation [11.3933](#) von Ständerat Urs Schwaller (CVP). Der Bundesrat [antwortete](#) am 30. November 2011.

Mehr Mittel für die KTI. Wie will der Bundesrat die Effizienz verbessern?

